

SPD demokratischer pressediens

P./XXVI/20

29. Januar 1971

Die Kunst des Möglichen

Zur Aussprache über die Lage der Nation

Von Hellmut Sieglerschmidt SPD-MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 30 Zeilen

Weltproblem: Bevölkerungsexplosion

Der Zusammenhang von Familienplanung
und Entwicklungshilfe

Von Dr. Erhard Eppler
Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit

Seite 3 und 4 / 60 Zeilen

Der Kompaß zeigt auf Restaurationskurs

Zur Machtstellung der CSU innerhalb der CDU

Von Bruno Friedrich
Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken

Seite 5 / 30 Zeilen

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kurz notiert

Kurz informiert

Zur Reform des Rechts der Ehescheidung und
der Scheidungsfolgen

Eine Stellungnahme des Landesfrauenausschusses
der SPD-Landesorganisation Hamburg

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 2, Heussallee 2-10
Postfach: 9155
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 90 37 - 38
Telex: 696 646/386 547/
686 846 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 7 65 11

Die Kunst des Möglichen

Zur Aussprache über die Lage der Nation

Von Hellmut Sieglerschmidt SPD-MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Es lag nahe, daß in der Aussprache über den Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation 1971, die zehn Tage nach jenem 18. Januar stattfand, an dem vor hundert Jahren das Deutsche Reich gegründet wurde, Bismarck mehrfach zitiert und erwähnt wurde. Von ihm stammt das Wort "Politik ist die Kunst des Möglichen". Was kann die Politik der Bundesregierung im geteilten Deutschland, in dem in zwei Bündnis- und Gesellschaftssysteme gespaltenen Europa des Jahres 1971 ermöglichen und was nicht? Was immer auch in der mehr als neunstündigen Sitzung des Deutschen Bundestages im einzelnen vorgebracht wurde, dies war die Kernfrage des Meinungsstreites zwischen Regierungskoalition und Opposition über die Lage der Nation.

Während der Bundeskanzler in dem Bericht der Bundesregierung zwar einerseits die weitgesteckten Ziele der West- und Ostpolitik und der in diese Politik aus einem Guß eingebetteten Deutschlandpolitik der Bundesregierung deutlich kennzeichnete, gab er jedoch andererseits ein Musterbeispiel nüchternen Einschätzungs der für die nächsten Schritte zur Verwirklichung dieser Ziele vorhandenen Möglichkeiten. Genau umgekehrt verfahren jedoch die Sprecher der Opposition, an ihrer Spitze der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion. Seine Ausführungen stellten weithin einen Auszug aus dem Buch "Die Welt als Wille und Vorstellung des Rainer Candidus Barzel" dar. Mit bekanntem Pathos wurden Forderungen erhoben, und Zielvorstellungen proklamiert, aber keine gangbaren Wege zu ihrer Verwirklichung aufgezeigt.

Wer vom Oberdeck des Staatsschiffes aus über dessen Kurs räsoniert, sollte doch gelegentlich auch in diesem Zusammenhang daran denken, daß er selbst so gern das Kommando übernehmen möchte und dann in die Tiefe kommen könnte, es in gefährlichem Gewässer zu steuern. Die deutsche Politik wird, so wie die Dinge liegen, vermutlich noch für längere Zeit im Bereich von Klippen und Untiefen zu navigieren haben.

Die Ernsthaftigkeit und das Engagement der Oppositionssprecher sollen mit diesen Feststellungen nicht in Zweifel gezogen werden. Das soll insbesondere für das Angebot gemeinsamen Vorgehens in der Berlin-Frage unterstellt werden. Aber mit einer Argumentation nach der Devise "nicht sein kann, was nicht sein darf" kommen wir nicht weiter. Dafür nur ein Beispiel: Nicht die Bundesregierung hat der DDR in ihrer Regierungserklärung vom 28.10.69 die in jedem Handbuch der Staatsrechtslehre nachzulassenden Staatsqualitäten gewissermaßen durch Regierungsakt verliehen, sondern sie hat insoweit nur festgestellt, was als Ergebnis einer 25jährigen Entwick-

lung im geteilten Deutschland, ohne daß es durch die Deutschlandpolitik der von der CDU/CSU geführten Bundesregierungen verhindert wurde, entstanden ist.

Leider blieb es jedoch nicht bei der Auseinandersetzung über die Möglichkeiten deutscher Politik. Die Opposition konnte es sich nicht versagen, auch in dieser Debatte in die Mottenkiste mehr oder weniger deutlicher Verdächtigungen zu greifen. Wie schätzen eigentlich diejenigen die viel zitierte Urteilsfähigkeit mündiger Staatsbürger ein, die nicht mit sachlicher Argumentation, sondern mit der Giftspritze der Bezeichnung nationaler Unzuverlässigkeit politische Erfolge erringen wollen? Denn darauf läuft es doch hinaus, wenn etwa Herr Barzel nach den Erfolgsrezepten moderner Werbepsychologie systematisch mit Vokabeln wie "Verzicht", "Vorleistungen", "Kernforderungen des Ostens ohne jede Gegenleistung erfüllt", "Stärkung der Vorherrschaft der Sowjetunion" politische Emotionen gegen die Bundesregierung zu mobilisieren suchte. Wer so handelt, hat das Recht verwirkt, sich scheinheilig über Polarisierung zu beklagen. Er leistet der Demokratie in diesem Lande einen schlechten Dienst.

Auffallend waren auch die Widersprüche in den Ausführungen der Oppositionssprecher. Während Rainer Barzel meinte, die Westmächte würden sicherlich inzwischen festgestellt haben, daß ihre Rechte aus dem Deutschland-Vertrag mit der Ostpolitik der Bundesregierung ausgehöhlt werden, behauptete Richard von Weizsäcker, auch von westlicher Seite sei der Bundesregierung für ihre Ostpolitik Beifall gezollt worden, weil diese Politik als Zeichen dafür gewertet werde, daß die Bundesrepublik bereit sei, sich mit der Teilung Deutschlands und der gegenwärtigen Grenzziehung abzufinden. Jedermann weiß aber doch, wie sorgsam die Drei Mächte - in Übereinstimmung mit der Bundesregierung - darauf achten, daß ihre Rechte in Bezug auf Deutschland als Ganzes nicht angetastet werden. Und einer Politik, die dazu führt, hätten sie Beifall gezollt?

Doch genug von dieser Mischung aus Wunschdenken, Verdächtigungen und Widersprüchen. Der Bundeskanzler und die übrigen Sprecher der Regierungsparteien haben mit - gewiß ungewollter - Hilfe der Opposition klargestellt, daß es für die Konzeption der Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung keine realistische Alternative gibt. Des weiteren wurde insbesondere durch Helmut Schmidt verdeutlicht, daß die auf Sicherheit und Entspannung gerichtete Politik der NATO in der Welt von heute ein untrennbares Ganzes bildet und daß das gleiche dementsprechend auch für das politische und militärische Gleichgewicht gilt. Wer die Welt nicht als Wille und Vorstellung, sondern so sieht, wie sie ist, kann auch nicht überrascht sein, daß diese Politik nach 15 Monaten noch vor ihrem entscheidenden Durchbruch steht. Wen wollte es wundern, daß auch die Konservativen in Ost-Berlin sich gegen die eingeleitete Entwicklung stemmen, weil sie die Zeichen der Zeit noch nicht begriffen haben?

* * *

Weltproblem Bevölkerungsexplosion

Der Zusammenhang von Familienplanung und Entwicklungshilfe

Von Dr. Erhard Eppler

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Weltbank-Präsident McNamara sprach kürzlich von der "dringenden Notwendigkeit, annehmbare und wirkungsvolle Maßnahmen zu entwickeln, um übermäßige Bevölkerungszuwachsraten in den Ländern einzudämmen, wo Aussichten auf eine bessere Zukunft von einer Flutwelle ungewollter Geburten hinweggeschwemmt werden".

Diese Notwendigkeit wird in der internationalen Diskussion kaum mehr bestritten. Der Pearson-Bericht hatte bereits festgestellt: "Kein anderes Phänomen wirft einen tieferen Schatten auf die Aussichten der internationalen Entwicklungsarbeit als das beängstigende Anwachsen der Bevölkerung... Es ist ganz klar, daß es kein ernsthaftes soziales und wirtschaftliches Planen geben kann, wenn nicht die drohenden Folgen unkontrollierten Bevölkerungswachstums erkannt und bekämpft werden".

Das Jahr 1974 soll zum "Weltjahr für Bevölkerungspolitik" erklärt werden. Als Indien, Indonesien und Pakistan bei der 25. UN-Vollversammlung einen entsprechenden Entschließungsantrag einbrachten, enthielten sich bei der Abstimmung eine Reihe von Entwicklungsländern, vor allem Afrikas und Lateinamerikas, der Stimme oder stimmten sogar gegen den Antrag, weil sie - so überraschend dies klingen mag - Maßnahmen der Bevölkerungspolitik als "Mittel der Unterdrückung durch die entwickelten Länder" ansehen.

Wir müssen uns in unserer Politik auf solche Fehlinterpretationen einstellen.

Daher wird die Bundesregierung nur Maßnahmen der Familienplanung unterstützen, wenn sie von der Regierung des Entwicklungs-

landes darum gebeten wird.

Die Bundesregierung ist jedoch zu einer verstärkten Unterstützung bereits bestehender Familienplanungsprogramme der Entwicklungsländer bereit. Natürlich können solche Programme kein Ersatz für Entwicklungsprogramme sein. Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung kann aber nur vorangetrieben werden, wenn die Zuwachsraten des Sozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung nicht - wie während der 60er Jahre - durch das Bevölkerungswachstum halbiert oder gar in einigen Ländern aufgezehrt werden.

Ich bin vor einem Jahr von UNO-Generalsekretär U Thant in den Beirat des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) als Mitglied berufen worden. Dieser Beirat tritt am ersten und zweiten Februar in New York zu seiner dritten Sitzung zusammen. Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen hat 1970 sein Ziel erreicht, 15 Millionen Dollar für Maßnahmen auf dem Gebiet der Familienplanung - vor allem in Asien - aufzubringen. Die Bundesrepublik hat zu diesem Programm erstmals mit einem Beitrag von 5,5 Millionen DM beigetragen (dies entspricht etwa zehn v.M. der Mittel des Fonds) und wird 1971 wiederum einen Beitrag von 5,5 Millionen DM leisten.

Die Bundesregierung wird die Vereinten Nationen bei ihren Bemühungen auf dem Gebiet der Familienplanung weiterhin unterstützen. Sie ist auch bereit, Forschungsvorhaben der Entwicklungsländer in diesem Bereich zu fördern. Bilateral wird eine Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen in der Bundesrepublik bevorzugt, insbesondere mit der Organisation "Pro-Familie", die der "International Planned Parenthood Federation (IPPF)" angehört. Diese Organisation wurde bisher insbesondere von den USA, Schweden, Großbritannien und Kanada unterstützt. Auch der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen wird hauptsächlich von diesen Ländern getragen, nun aber auch von Japan und - unter Berücksichtigung der oben genannten Vorbehalte - von der Bundesrepublik Deutschland.

Der Kompaß zeigt auf Restaurationskurs

Zur Machtstellung der CSU innerhalb der CDU

Von Bruno Friedrich

Vorsitzender des SPD-Bezirks Franken

Einen Kanzlerkandidaten konnte die CDU in Düsseldorf noch nicht vorzeigen, doch die Machtfrage ist klarer denn je: An Strauß kommt, ohne zu stolpern, niemand vorbei. Kohl hat es erfahren. Während sich die CDU-Spitzen um den ersten Platz auf der Kommandobrücke drängelten, hielt Strauß das Steuer fest in der Hand. Der Kompaß zeigt Restaurationskurs.

Strauß hat in dieser Woche in Düsseldorf und München die 56 Prozent der Wahlmacht vom 22. November voll ausgespielt. Die arbeitnehmerfeindliche Haltung des CSU-Vorsitzenden und seiner Partei deckt sich mit der Entscheidung des CDU-Parteitages in der Mitbestimmungsfrage.

Die Regierungserklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Goppel hat gezeigt, daß sich Strauß in seiner Rolle als Einpeltischer rechtskonservativer Politik nicht auf die Bundespolitik beschränkt.

Bayerns Staatskanzlei ist, spätestens seit Mittwoch, nur noch ein Werbebüro der CSU-Landesleitung in Münchens Lazarettstraße, ein Werbebüro, in dem ein Für diese Branche schon etwas älterer Herr mit großem Aufwand verbreiten darf, was Strauß ins Konzept paßt. Der Wunsch, aus Bayern eine Alpenfestung der Restauration zu machen, deckt sich mit der geistigen Krise der konservativen Staatspartei CSU, die meint, durch law and order der Reform, der fortschreitenden Demokratisierung ausweichen zu können.

Diese Entwicklung der CSU bestätigt, daß bei einer Bestandsaufnahme der SPD in Bayern davon auszugehen ist, daß sich die CSU des Jahres 1971 von einer weiß-blauen Landespartei zu einer extrem bundespolitisch agierenden Partei entwickelt hat. Die SPD Bayerns wird aus dieser Einsicht bei ihrer angekündigten Reform Konsequenzen ziehen müssen.